

Zürcher Oberländer, 23.02.2007

Muslime im Parteien-Pingpong

Wahlkampf Links- und Mitteparteien reagieren geharnischt auf SVP-Inserate

Alfred Borter

«Die SVP setzt sich als einzige Partei konsequent gegen die Ausbreitung des Islams ein», schreibt die Schweizerische Volkspartei (SVP) in Inseraten, welche letzte Woche in verschiedenen Zeitungen erschienen sind. Die islamische Bevölkerung habe von 1970 bis ins Jahr 2000 um 1560 Prozent zugenommen, heisst es weiter. Viele Muslime würden sich unseren Gesetzen anpassen. «Immer lauter wird jedoch gefordert, unsere Regeln den muslimischen Gesetzen anzupassen», fährt die SVP fort und erwähnt in diesem Zusammenhang den Sport- und Schwimmunterricht an den Schulen, Klassenlager und das Singen von Weihnachtsliedern. Gegensteuer gebe allein die SVP, schliesst die politische Werbebotschaft an die Zürcher Wählerinnen und Wähler.

«Auf billige Weise...»

Am vergangenen Sonntag hat sich die Vereinigung der islamischen Organisationen in Zürich (Vioz) zu Wort gemeldet und sich erschrocken und enttäuscht gezeigt. «Wir haben gehofft, dass die politischen Parteien ihre Verantwortung wahrnehmen und die Muslime nicht auf billige Weise zum Wahlkampfthema machen», schrieb die Dachorganisation. Trotzdem setze man auf Dialog und gegenseitige Achtung und unterstütze die friedliche schweizerische Gesellschaftsordnung.

Solidarität mit Muslimen

Gestern haben sich unter Anführung der SP des Kantons Zürich nun auch die Grünen, die CVP, die EVP sowie die Alternative Liste des Themas angenommen, womit es endgültig zum Wahlkampfthema geworden ist. Nur die FDP hielt sich abseits. Mit der Begründung, man wolle für die Musliminnen und Muslime in unserem Land eintreten, griffen die genannten Links- und Mitteparteien gestern gemeinsam die SVP an. «Wir stellen uns auf die Seite der angegriffenen Muslime», hiess es an einem kurzfristig einberufenen Medienanlass. Es gehe darum, ein mutiges Zeichen zu setzen, erklärte SP-Generalsekretär Peter Kyburz, und es sei nicht so, dass man einfach reflexartig auf die Provokation der SVP reagierte. Und dann verurteilten Niklaus Scherr (Alternative Liste), CVP-Parteipräsident Markus Arnold, EVP-Parteipräsident Peter Schächli sowie Balthasar Glättli, Co-Präsident der Grünen, der

Reihe nach die jüngste Schandtät der SVP. Es gehe nicht an, auf Kosten der Muslime Wahlkampf zu betreiben, hiess es unisono. Zwar kam der CVP-Präsident zum Schluss, die SVP habe wohl nichts Ungesetzliches geschrieben, aber die SVP habe ein Einfallstor für totalitäres Denken aufgetan. Er, Arnold, wolle sich später einmal nicht vorwerfen lassen, er habe nicht protestiert. Arnold, der für seine Abneigung gegen die gewisse SVP-Politpraktiken bekannt ist, erinnerte ferner daran, was in der neuen Kantonsverfassung verankert ist: «Kanton und Gemeinden schaffen günstige Voraussetzungen für den Dialog zwischen den Kulturen, Weltanschauungen und Religionen.» Die SVP habe im Vorfeld diesen Artikel vehement bekämpft.

EVP-Präsident Peter Schäppi bedauerte gestern vor versammelter Presse ausdrücklich, dass sich nicht auch die Freisinnigen dazu bereit erklärt hätten, am gestrigen Tag vor die Medien hinzustehen und die Inserateaktion der Volkspartei zu verurteilen. Offenbar ziehe es die FDP vor, im Windschatten der SVP und deren Politik zu segeln.

Bei der Eingliederung helfen

Auch Ismail Amin, Präsident der Vereinigung der islamischen Organisationen in Zürich, ergriff gestern das Wort. «Die Inserate tragen nicht zum sozialen Frieden bei», sagte Amin zurückhaltend. «Die Politiker sollten uns helfen, unsere Eingliederung in die Gesellschaft zu erleichtern und jeden Versuch, uns auszugrenzen, verhindern.»

Nach dem gestrigen Auftritt der Links- und Mitteparteien ist im Zürcher Wahlkampf das Parteien-Pingpong, in dessen Mitte die Muslime stehen, lanciert. Ob der auf diese Art geleistete Einsatz für die Muslime hilfreich ausfällt, ist eine unbeantwortete Frage. Tatsache ist, dass sie jetzt von beiden Seiten instrumentalisiert werden.